



Andrea Gotzes

# GESCHICHTE DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND



# 1. Ein Provisorium wird gegründet



Ein amerikanischer Soldat flirtet im Juli 1945 im bayerischen Vilsbiburg mit einer deutschen Frau.

## Der Zweite Weltkrieg endet - der Kalte Krieg beginnt

1945: Nach sechs Jahren geht der Zweite Weltkrieg zu Ende, der 55 - 60 Millionen Opfer gefordert hat. In Europa schweigen die Waffen, seit der Aggressor Deutschland die bedingungslose Gesamtkapitulation unterzeichnet hat - am 7. Mai im Alliierten Hauptquartier im französischen Reims und in der Nacht vom 8. auf den 9. Mai noch einmal im sowjetischen Hauptquartier in Berlin-Karlshorst.

Der „Führer“ des Deutschen Reiches Adolf Hitler hat bereits am 30. April in Berlin Selbstmord begangen. Der von ihm zu seinem Nachfolger als Reichspräsident benannte Großadmiral Dönitz wird am 23. Mai zusammen mit seiner „geschäftsführenden Reichsregierung“ in Flensburg von den Briten verhaftet. Mit der **Berliner Erklärung** vom 5. Juni 1945 übernehmen die Siegermächte USA, UdSSR, Großbritannien und Frankreich die Regierungsgewalt in Deutschland.

Von den Grenzen des Jahres 1937 ausgehend, teilen die Alliierten Deutschland in vier **Besatzungszonen** auf, in denen ihre Oberbefehlshaber als Militärgouverneure die oberste Gewalt ausüben werden. Fragen, die das gesamte Deutschland oder die jetzt in vier Sektoren unterteilte ehemalige Reichshauptstadt Berlin betreffen, will man gemeinsam regeln. Zustän-

General Jean de Lattre de Tassigny (Frankreich), Feldmarschall Bernard L. Montgomery (Großbritannien), Marschall Gregory K. Schukow (Sowjetunion) und General Dwight D. Eisenhower (USA) (sitzend von links nach rechts) unterzeichnen im November 1945 das Viermächteabkommen.



Der Zweite Weltkrieg endet - der Kalte Krieg beginnt

dig wird der aus den vier Militärbefehlshabern bestehende Alliierte Kontrollrat sein, für Berlin die ihm unterstellte Alliierte Kommandantur.

Zu weiteren Beratungen über die Neuordnung Europas und die Behandlung Deutschlands treffen sich vom 17. Juli bis zum 2. August 1945 in Potsdam US-Präsident Harry S. Truman, der dem verstorbenen Franklin D. Roosevelt im Amt gefolgt ist, der sowjetische Staatschef Josef Stalin und der britische Premier Winston S. Churchill, der während der Konferenz abgewählt und von Clement R. Attlee abgelöst wird. Ergebnis ist das am 2. August 1945 unterzeichnete Potsdamer Abkommen, dem sich wenige Tage später auch Frankreich im Wesentlichen anschließt. Mit grundsätzlichen politischen, wirtschaftlichen und territorialen Bestimmungen entscheidet es über das weitere Schicksal Deutschlands.

Nie wieder soll Deutschland in der Lage sein, einen Krieg zu beginnen. Vorgesehen ist daher eine völlige Entmilitarisierung - die Entwaffnung

und Auflösung aller Streitkräfte, die Zerschlagung der Rüstungsindustrie. Die NSDAP wird ebenfalls aufgelöst. Die Alliierten bekräftigen ihre Entschlossenheit, hohe NS-Funktionäre und Kriegsverbrecher zu bestrafen und alle mehr als nominellen NSDAP-Mitglieder aus den öffentlichen und halböffentlichen Ämtern zu entfernen.

Deutschland soll - bei Zerschlagung der großen Kartelle - als wirtschaftliche Einheit behandelt, seine Verwaltung dezentralisiert werden. Mit Ausnahme der UdSSR, der man größere Ansprüche einräumt, wird jede der vier Mächte nur aus ihrer Zone Reparationen entnehmen. Deren Höhe wird allerdings nicht festgelegt. Ausdrücklich soll die deutsche Bevölkerung die Möglichkeit haben, ohne Hilfe von außen zu existieren. Auch einen demokratischen Neubeginn wollen die Alliierten ermögli-

chen. Dass sie untereinander den Begriff „Demokratie“ verschieden auffassen, klammern sie aus.

Vorbehaltlich der Regelung in einem künftigen Friedensvertrag wird im Abkommen anerkannt, dass Stalin das nördliche Ostpreußen für die UdSSR beansprucht und das übrige Ostdeutschland bis zur Oder-Neiße-Linie bereits an Polen übergeben hat. Nach westlicher Auffassung sind diese Regionen damit unter sowjetische bzw. polnische Verwaltung gestellt, nach sowjetischem Verständnis die Staatsgrenzen neu gezogen. Deutsche, die noch in Polen, Ungarn oder der Tschechoslowakei leben, sollen laut Abkommen „in geregelter und menschlicher Weise“ „ausgesiedelt“ werden. Tatsächlich hat, nachdem bereits Millionen geflohen sind, die Vertreibung weiterer Millionen längst eingesetzt, und von einer „menschlichen Weise“ kann keine Rede sein.

Im Laufe der Konferenz ist deutlich geworden, dass der schon zuvor spürbare Konflikt zwischen den Westalliierten und ihrem Bündnispartner

In Güterzügen werden im Mai 1946 Deutsche aus Prag in die amerikanische Besatzungszone nach Westen abtransportiert.



UdSSR sich verschärft hat. Churchill spricht 1946 öffentlich davon, dass zwischen Ost- und Westeuropa ein „Eiserner Vorhang“ niedergegangen sei. Ideologische Gegensätze und unterschiedliche politische Interessen führen dazu, dass vor allem die beiden neuen Supermächte USA und UdSSR von nun an auf Jahrzehnte hinaus weltweit um Macht und Einfluss ringen werden. 1947 erklärt der US-Präsident mit der „Truman-Doktrin“, dass



Leben nach der „Stunde Null“  
Zu Ende des Zweiten Weltkrieges lag Deutschland Trümmern. Die Zahl der gefallenen deutschen Soldaten schätzt man heute auf knapp vier Millionen. Die der ums Leben gekommenen deutschen Zivilisten wird unterschiedlich und im Mittel mit 1,6 Millionen angegeben. Millionenfach kehrten zudem Soldaten körperlich oder seelisch versehrt aus Krieg und Gefangenschaft zurück

Heinz Lietz (2. v.l.) aus Berlin-Dahlem ist der Empfänger des ersten in Berlin eingetroffenen Care-Paketes. Zusammen mit seiner Familie nimmt er im August 1946 den Inhalt des Paketes in Augenschein.

jede Nation, die sich für die westliche Demokratie und gegen die kommunistische Diktatur entscheiden, auf amerikanische Unterstützung zählen könne. Mit der „Zwei-Lager-Theorie“ bestätigt Stalins Mitarbeiter Andrej Schdanow die globale Konfrontation, für die in den USA die Bezeichnung „**Kalter Krieg**“ aufkommt.

Das besetzte Nachkriegsdeutschland ist einer der wichtigsten Schauplätze des Ost-West-Konflikts. Die Zusammenarbeit im Alliierten Kontrollrat, dessen Beschlüsse einstimmig gefasst werden müssen, wird dadurch zunächst gelähmt, dann unmöglich gemacht. Auch weitere Konferenzen der Siegermächte verlaufen ergebnislos. Schritt um Schritt werden in den Westzonen einerseits und der so-

wjetischen Besatzungszone (SBZ) andererseits die politischen Weichen unterschiedlich gestellt. Am Ende wird die Teilung Deutschlands stehen.

## Leben nach der „Stunde Null“

Zu Ende des Zweiten Weltkrieges lag Deutschland Trümmern. Die Zahl der gefallenen deutschen Soldaten schätzt man heute auf knapp vier Mil-

lionen. Die der ums Leben gekommenen deutschen Zivilisten wird unterschiedlich und im Mittel mit 1,6 Millionen angegeben. Millionenfach kehrten zudem Soldaten körperlich oder seelisch versehrt aus Krieg und Gefangenschaft zurück

Heinz Lietz (2. v.l.) aus Berlin-Dahlem ist der Empfänger des ersten in Berlin eingetroffenen Care-Paketes. Zusammen mit seiner Familie nimmt er im August 1946 den Inhalt des Paketes in Augenschein.

und millionenfach wurden Angehörige vermisst.

Viele der großen, aber auch etliche kleinere deutsche Städte waren stark zerstört. Insbesondere hier fehlte es an Lebensmitteln, an Wohnraum, an Heizmaterial, an allem. Gleichzeitig strömten Millionen deutscher Flüchtlinge und Vertriebener zusätzlich ins Land. Die Verkehrs- und Kommunikationswege funktionierten kaum noch, fast alle Behörden waren aufgelöst, eine deutsche Regierung gab es nicht mehr. Froh darüber, noch einmal davongekommen zu sein, lebten die Menschen nicht nur in Not, sondern auch in Ungewissheit hinsichtlich dessen, wie es mit ihnen selbst und wie es mit ihrem Land weitergehen würde.

Als nach Kriegsende erstmals seit dem Machtantritt der Nationalsozialisten in Deutschland wieder freie Gewerkschaften möglich waren, gehörte **Hans Böckler (1875-1951)** zu den Aktiven der ersten Stunde. Zu diesem Zeitpunkt konnte er bereits auf einen langen Weg als Politiker und Arbeitnehmervertreter zurückblicken.

Böckler war gelernter Silber- und Goldschläger. 1894 wurde er Mitglied der SPD und des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes. Für diese Gewerkschaft war er ab 1903 hauptamtlich tätig - zunächst im Saargebiet, dann in Frankfurt am Main und in Schlesien. Nach einer schweren Verwundung im Ersten Weltkrieg setz-

te Böckler diese Arbeit fort, ab 1920 im Rheinland. 1928 wurde er SPD-Reichstagsabgeordneter.

In der NS-Zeit wurde Böckler zwei Mal verhaftet und tauchte danach unter. Schon ab 1945 engagierte er sich in der britischen Zone für den Neuaufbau gewerkschaftlicher Strukturen. Als 1949 der bundesweite Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) entstand, wurde Böckler zum Vorsitzenden gewählt. Kurz vor seinem Tode 1951 erreichte er mit Adenauer eine Einigung über die paritätische Mitbestimmung im Montanbereich. Der DGB hat seine gemeinnützige Stiftung nach Hans Böckler benannt.

„Stunde Null“: So ist dieser Augenblick des völligen Zusammenbruchs, der zugleich die Notwendigkeit und die Chance zu einem Neubeginn in sich barg, schon bald genannt worden. Angesichts mancher Kontinuitäten, die sich dann in Politik und Gesellschaft ergaben, ist der Begriff angezweifelt worden. Von der Dimension der historischen Zäsur gibt er immerhin eine Vorstellung.

Zur Bilanz dieser „Stunde Null“ gehörte allerdings selbstverständlich weit mehr als die Not und die Ungewissheit in Deutschland selbst. Die Deutschen, die zu Millionen Hitler gewählt, an ihn

Von November 1945 bis Oktober 1946 fand in Nürnberg vor dem alliierten Militärtribunal der Kriegsverbrecherprozess statt. Hier verliest der britische Lordrichter Lawrence, Präsident des Tribunals, die Anklage.]

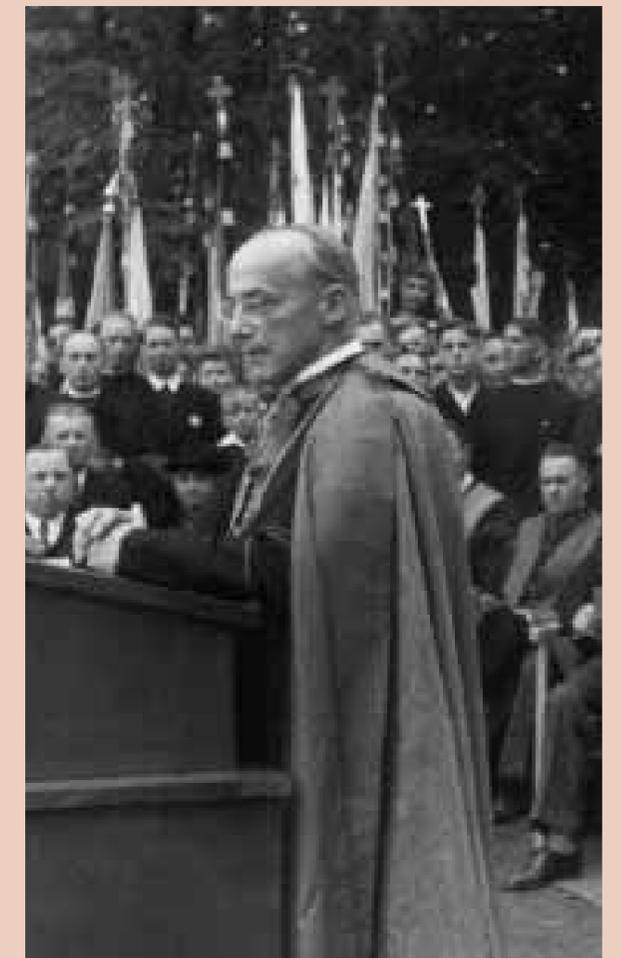


geglaubt und ihm zugejubelt hatten, standen 1945 vor der Schreckensbilanz des Dritten Reiches und vor der Frage nach Schuld und Verantwortung. Angriffs- und Vernichtungsfeldzüge, Völkermord, Terror und Gewaltherrschaft, Ausbeutung und Verwüstung erobelter Territorien - das Ausmaß der Verbrechen, die im deutschen Namen und von Deutschen begangen worden waren, war beispiellos und die Zahl der nicht-deutschen Opfer um ein Vielfaches höher als die der deutschen Toten.

Wie Hitler hatten auch Goebbels und Himmler Selbstmord begangen. 22 weitere NS-Größen standen ab November 1945 vor dem Internationalen Militärgerichtshof, den die Siegermächte in Nürnberg eingerichtet hatten. Die zentralen Anklagepunkte in dem weltweit beachteten Prozess lauteten auf Verbrechen gegen den Frieden, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Am 1. Oktober 1946 verkündeten die Richter drei Freisprüche, unterschiedliche Haftstrafen sowie zwölf Todesurteile, von denen zehn vollstreckt wurden (Göring nahm sich zuvor das Leben, Bormann war in Abwesenheit verurteilt worden). In den Nachkriegsjahren wurden NS-Verbrecher noch verschiedentlich vor Gerichten der Westalliierten und sowjetischen Tribunalen zur Verantwortung gezogen. Dabei wurden auch weitere Todesurteile ausgesprochen.

Die von den Alliierten angekündigte Entnazifizierung zielte keineswegs nur auf die NS-Führungsspitze. Rasch und gründlich entfernte man in der sowjetisch besetzten Zone (SBZ) ehemalige Nationalsozialisten aus dem Polizei-, Justiz- und Schuldienst. 1948 sprach man hier von einem erfolgreichen Abschluss. Zu Massenentlassungen aus dem öffentlichen Dienst und zu Internierungen ehemaliger NS-Funktionäre kam es auch in den Westzonen. Am strengsten gingen hier die Amerikaner vor, die alle Erwachsenen einen umfangreichen Fragebogen ausfüllen ließen. Über eventuelle Sanktionen (wie

Das kirchliche Leben blühte im Deutschland der Nachkriegszeit auf. Auf dem 72. Deutschen Katholikentag im September 1948 in Mainz hält der Kölner Erzbischof Josef Kardinal Frings eine Rede an die versammelte katholische Jugend.



Ist Diebstahl auch in Notzeiten Diebstahl und damit eine Sünde? Im tief katholischen Rheinland gab der Kölner Kardinal **Joseph Frings** (1887-1978) in seiner Silvesterpredigt 1946/47 darauf eine Antwort, indem er den Mundraub moralisch rechtfertigte. Für die nicht ganz legale, dem Lebenserhalt dienende Beschaffung von Nahrungsmitteln und insbesondere von Briketts entstand daraufhin die volkstümliche Bezeichnung „fringsen“.

Frings, der 1946 in den Kardinalsstand erhoben wurde, war bereits seit 1942 Erzbischof von Köln. Die Verfolgung der Juden in der NS-Zeit nannte er öffentlich ein „himmelschreiendes Unrecht“. Seine Popularität bewahrte ihn jedoch vor Konsequenzen. 1945-1965 hatte er den Vorsitz der Deutschen Bischofskonferenz. 1958 bzw. 1961 gründete er die Spendenhilfswerke für die Dritte Welt „Misereor“ und „Adveniat“. Er war maßgeblich am 2. Vatikanischen Konzil (1962-1965) beteiligt. Als Berater in Rom stand ihm dabei ein junger Theologieprofessor namens Joseph Ratzinger zur Seite.



Nur mit Lumpen und unzureichendem Schuhwerk bekleidet arbeiten Berliner Trümmerfrauen auf einer Abbruchstelle.

Berufsverbote, Geld- oder Freiheitsstrafen) entschieden ab 1946 Spruchkammern, die aus politisch unbescholtenen Deutschen bestanden. Sie berück-

sichtigten teilweise recht großzügig entlastende Bescheinigungen, die im Volksmund „Persilscheine“ hießen. Bei der Bevölkerung hatte die Entnazifizierung nur zu Anfang nennenswerte Akzeptanz. Ende der 40er-Jahre kam der Prozess auch in

den Westzonen zum Erliegen: Der Kalte Krieg hatte aus Feinden künftige Verbündete gemacht.

Die Mehrheit der Deutschen fühlte sich nach dem Krieg nicht etwa von der NS-Herrschaft befreit, sondern vor allem besiegt, und im Vordergrund standen für sie nicht die erdrückenden politischen und moralischen Fragen zur jüngsten deutschen Vergangenheit, sondern Überlebensstrategien. Insbesondere in den Städten hausten die Menschen in Kellern und Baracken. Mit den auf Marken ausgeteilten Lebensmitteln hatten sie zum Sterben zu viel, zum Leben zu wenig. Bei „Hamsterfahrten“ über die Dörfer tauschten sie Schmuck und Teppiche gegen Kartoffeln oder Eier. Auf dem blühenden Schwarzmarkt zählten als Währung vor allem Zigaretten. In einem Land ohne Männer leisteten die „Trümmerfrauen“ Schwerstarbeit: Sie räumten den Schutt, klopften Steine und schufen in kleinen Schritten Voraussetzungen für erste Wiederaufbaumaßnahmen.

Zwischen 1946 und 1948 spitzte sich durch zwei strenge Winter in Folge die Lage noch einmal zu. Die dringend benötigte Hilfe kam schließlich aus Übersee. Um den Menschen im kriegsverwüsteten Europa beizustehen, hatten sich 22 US-Wohlfahrtsorganisationen 1945 zu einer Initiative zusammengeschlossen, deren Kurzname CARE („Cooperative for American Remittances to Europe“) im Englischen zugleich „Fürsorge“ bedeutet. Ab Februar 1946, millionenfach bis 1949 und bis in die späten 50er-Jahre wurde auch Deutschland mit ihren Hilfslieferungen bedacht - nicht allerdings die SBZ, da entsprechende Verhandlungen mit der sowjetischen Seite gescheitert waren. Unterstützung kam auch von anderen Hilfsorganisationen, aber vor allem die Erinnerung an die CARE-Pakete ging ins kollektive Bewusstsein der Westdeutschen ein.

Um die drängendsten Versorgungs- und Verwaltungsaufgaben bewältigen zu können, mussten die Besatzer Einheimische zur Mitwirkung heranziehen. In den Westzonen griff man dabei oft auf „Weiße Listen“ mit den Namen politisch nicht belasteter Personen zurück, in der SBZ vor allem

auf Kommunisten, die aus dem (sowjetischen) Exil zurückgekehrt waren. Unter alliierter Kontrolle und zunächst regional begrenzt entstanden außerdem schon ab 1945 wieder Parteien. Einige von ihnen gingen auf die Zeit der Weimarer Republik zurück. Zu den Neugründungen gehörten die CDU und in Bayern ihre künftige Schwesterpartei, die CSU. Für die reorganisierte traditionsreiche SPD kam es zur Spaltung: In der SBZ vereinigte sie sich 1946 unter sowjetischem Druck mit der KPD zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED). Verschiedene liberale Parteien der westlichen Besatzungszonen schlossen sich 1948 zur FDP zusammen. Die Wiederentstehung einer Parteienlandschaft war Voraussetzung für Wahlen auf Kommunal- und Länderebene, wie sie ab 1946 stattfanden.

Neben dem politischen entfaltete sich - ebenfalls unter Aufsicht und Einflussnahme der Alliierten - auch das kulturelle Leben erneut. In den Westzonen erteilten die Besatzer politisch unbedenklichen Personen Publikationslizenzen. So entstanden kurz nach Kriegsende viele der

Er war der bekannteste, für viele auch der bedeutendste Dirigent seiner Zeit: **Wilhelm Furtwängler (1886-1954)** hatte von 1922 bis 1945 die Berliner Philharmoniker geleitet und zudem beim Leipziger Gewandhausorchester, den Wiener Philharmonikern und den Bayreuther Festspielen am Pult gestanden. Gefeierte waren insbesondere seine Interpretationen von Werken der Klassik und Romantik. Zugleich trat er als Komponist hervor.

Furtwängler war aber auch 1933 zum Vizepräsidenten der Reichsmusikkammer ernannt worden und hatte bei internationalen Gastspielen NS-Deutschland repräsentiert. Nach dem Krieg erteilten die Alliierten ihm daher ein Auftrittsverbot. Sein Entnazifizierungsverfahren endete jedoch mit einem Freispruch - prominente jüdische Musiker sprachen zu seinen Gunsten, da er sich in der NS-Zeit auch für verfolgte Künstler eingesetzt und gegen Aufführungsverbote protestiert hatte. Ab 1947 war er erneut Dirigent, ab 1952 (auf Lebenszeit) Chefdirigent der Berliner Philharmoniker. So prägte er in der Nachkriegszeit das deutsche Musikleben noch einmal entscheidend mit.



Wolfgang Borchert (1921-1947) schuf mit „Draußen vor der Tür“ ein erschütterndes Theaterstück, das zum Symbol der schwierigen Situation im Nachkriegsdeutschland wurde. Den sensationellen Erfolg seines Werkes erlebte der Autor nicht mehr.]

Anhänger. Ab 1946 wurden wieder Arbeiten von in der NS-Zeit verfemten Vertretern der Bildenden Künste gezeigt, und die Theater boten Neu- und Wiederaufführungen deutschsprachiger und internationaler Autoren. Ein Werk, das viele Menschen berührte, war Wolfgang Borcherts auch verfilmtes Hörspiel und Bühnenstück „Draußen vor der Tür“ von 1947 über einen Kriegsheimkehrer, der im Leben keinen Platz mehr findet. Den größten Bühnenerfolg der Nachkriegszeit hatte allerdings Carl Zuckmayer. In seinem Stück „Des Teufels General“ stellte er einen unpolitischen NS-Fliegerhelden als eine unschuldig in Schuldhaftes verstrickte Figur dar, mit der sich damals viele gern identifizierten.

Von den unbehelligt in der Gesellschaft lebenden NS-Verbrechern handelte der erste deutsche Nachkriegsfilm „Die Mörder sind unter uns“, den Wolfgang Staudte bei der sowjetisch lizenzierten DEFA drehte. 1948 wurde das Werk auch in den Westzonen gezeigt. Hier dominierten allerdings amerikanische Unterhaltungstreifen. Den Sehnsüchten der Mehrheit entsprach dieses Angebot ebenso wie etwa der Schlager von den „Capri-Fischern“, den Rudi Schuricke 1946 populär machte.

Presseorgane, die später die Medienlandschaft der Bundesrepublik prägen sollten. Typisch für jene Jahre waren anspruchsvolle Debatten in politisch oder philosophisch ausgerichteten Zeitschriften. Wichtigstes Medium im Informations- wie auch im Unterhaltungsbereich wurde und blieb für etliche Jahre jedoch der Rundfunk, den die Alliierten in ihren jeweiligen Zonen praktisch neu einrichteten.

Eine feste Größe der Kulturlandschaft wurde die von Hans Werner Richter initiierte „Gruppe 47“. Der Kreis von Literaten, dem auch die späteren Nobelpreisträger Heinrich Böll und Günter Grass angehörten, sollte seine jährlichen Treffen bis 1967 fortsetzen. Zu besonderer Blüte gelangte rasch das politische Kabarett. Der Jazz fand begeisterte



## 60 D-Mark pro Kopf

Zumindest die US-amerikanische Führung hatte schon früh zu erkennen gegeben, dass sie an einer dauerhaft schwachen deutschen Wirtschaft nicht interessiert sei. Den Morgenthau-Plan von 1944, dessen Verwirklichung Deutschland zum Agrarland gemacht hätte, hatte sie schon kurz nach seiner Entstehung verworfen.

Ein wichtiger Schritt auf dem

Das 1948 eingeführte Papiergeld wurde in den USA gedruckt. Dieser 20-D-Mark-Schein war bis 1951 gültig.

Weg zur wirtschaftlichen Konsolidierung war die Verschmelzung der amerikanischen und der britischen Zone zur **Bizone** am 1. Januar 1947. Paris und Moskau wollten sich nicht anschließen. Erst im Mai 1949 sollte noch durch Zusammenschluss mit der französischen Zone die **Trizone** entstehen.

Ebenfalls 1947 entwickelte die US-Regierung ihr „European Recovery Programm“ (ERP), das

derung zur Teilnahme wie erwartet nicht nach.

Beschlossen wurde der Marshall-Plan im Mai 1948. Zu diesem Zeitpunkt war bereits offenbar, dass die Westalliierten angesichts ihres Konflikts mit der Sowjetunion einen Teilstaat im Westen

Nach der Währungsreform 1948 sind viele Geschäfte voll mit Waren, welche die Menschen schon lange nicht mehr gesehen hatten.



später (nach dem Außenminister, der es initiiert hatte) auch **Marshall-Plan** hieß. Mit milliardenschweren Krediten sowie Rohstoff- und Warenlieferungen sollte das zunächst auf vier Jahre angelegte Programm in den zerstörten Staaten Europas die Wirtschaft ankurbeln, Märkte für die amerikanische Überproduktion erschließen - und zugleich kommunistische Einflüsse eindämmen. Die Sowjetunion und die in ihrem Einflussbereich liegenden europäischen Länder kamen der Auffor-

Deutschlands anstrebten. Während sie entsprechende politische Schritte einleiteten, schufen die Amerikaner und Briten im Bereich der Wirtschaft die entscheidende Voraussetzung für die Einbeziehung der Westzonen in den Marshall-Plan: Die am Boden liegende deutsche Währung musste saniert werden. Die Hauptrolle von deutscher Seite, die insgesamt freilich nur wenig beteiligt wurde, fiel **Ludwig Erhard** zu. Er wirkte in der Bizone 1947 als Leiter der Expertenkommission „Sonderstelle



Im Berlin der Nachkriegszeit war **Ernst Reuter** (1889-1953) eine zentrale Figur des politischen Geschehens.

Ab 1912 SPD-Mitglied, schloss Reuter sich als russischer Kriegsgefangener des Ersten Weltkriegs den Bolschewiken an und wurde 1918 Volkskommissar in der Autonomen Sozialistischen Sowjetrepublik der Wolgadeutschen. 1918 kehrte er nach Deutschland zurück und trat der KPD, 1922 wieder der SPD bei. 1926 übernahm er in Berlin das Verkehrsressort. Ab 1931 war er Oberbürgermeister von Magdeburg, ab 1932 Reichstagsabgeordneter. 1933 wurde er von den Nationalsozialisten verhaftet, konnte aber mit Hilfe englischer Freunde in die Türkei emigrieren.

Ab November 1946 leitete Reuter in Berlin erneut das Verkehrsdezernat. 1947 zum Oberbürgermeister gewählt, konnte er aufgrund eines sowjetischen Vetos das Amt nicht antreten. Vor über 300.000 Zuhörern appellierte er am 9. September 1948 auf dem Platz vor der Reichstagsruine an die „Völker der Welt“, dem durch die sowjetische Blockade hart bedrängten West-Berlin beizustehen. Ab Dezember 1948 war der populäre Politiker Oberbürgermeister der Westsektoren Berlins, ab 1951 und bis zu seinem Tode Regierender Bürgermeister West-Berlins.

„Bürger der Welt, schaut auf diese Stadt!“ – Am 12. Mai 1949 fordert der Regierende Bürgermeister von Berlin, Ernst Reuter (SPD) bei einer Kundgebung auf dem Platz der Republik vor dem Reichstag, zu der 350.000 Menschen kamen, internationalen Beistand für das blockierte Berlin.]



Geld und Kredit“ bei der Verwaltung der Finanzen und ab 1948 als „Direktor der Verwaltung für Wirtschaft“. Am 18. Juni 1948 verkündete er im Radio die Einführung der neuen Währung. Den genauen Zeitpunkt hatte selbst er erst kurz zuvor erfahren.

Zum 21. Juni erhielten die Bewohner der amerikanischen, der britischen und der französischen Besatzungszone pro Kopf 40 Deutsche Mark und einen Monat später noch einmal 20 DM in bar. Die Banknoten waren in den USA gedruckt worden. Zugleich traten die für die Umstellung von Reichsmark auf D-Mark festgelegten Kurse in Kraft: 1:1 für Löhne

Viele Berliner beobachteten täglich die Landeanflüge der „Rosinenbomber“ auf Berlin, wir hier auf dem Tempelhofer Feld im Sommer 1948.

und Mieten, 10:1 für Verbindlichkeiten sowie planmäßig 10:1, de facto letztlich 10:0,65 für Bargeld und Einlagen. Erhard hatte außerdem eigenmächtig dafür gesorgt, dass die Rationierung von Gütern des täglichen Bedarfs weitgehend aufgehoben wurde.

Die Reform zeigte augenblicklich Wirkung. Die Schaufenster füllten sich mit zuvor gehorteten Waren, und in der Wahrnehmung der Menschen gab es von einem Augenblick auf den anderen „einfach alles“. Angesichts der rasch steigenden Preise löste die neue Situation allerdings keineswegs nur Begeisterung und teilweise sogar Proteste aus. Bereits ein Jahr später hatte sich der eingeschlagene Kurs in Richtung Marktwirtschaft jedoch als erfolgreich erwiesen die Versorgungslage besserte sich stetig.

Die sowjetische Seite zog am 23. Juni in ihrer Zone mit einer eigenen Währungsreform nach, für die sie Geltung in ganz Berlin beanspruchte. Die Westmächte führten daraufhin in ihren Sektoren der Stadt die West-DM ein. Dies beantwortete die UdSSR mit der **Blockade West-Berlins**. Im Kräftemessen, das nun folgte, erreichte der Kalte Krieg einen ersten Höhepunkt.

Am 24. Juni 1948 wurden alle Straßen sowie Schienen- und Wasserwege, die von den westlichen Besatzungszonen nach Berlin führten, abgeriegelt. Die sofortige Gegenreaktion war die Einrichtung einer **Luftbrücke**. Fast ein Jahr lang versorgten die „Rosinenbomber“ der Amerikaner und Briten West-Berlin mit Brenn- und Treibstoffen, Baumaterial, Nahrungsmitteln und Medikamenten, bis die Sowjets am 12. Mai 1949 alle Sperren wieder aufhoben. Bei den Westdeutschen und Westberlinern bewirkte die Luftbrücke einen

Unter einer schwarz-rot-goldenen Standarte liegt am 23. Mai 1949 das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland auf

Identifikationsschub zugunsten der USA und ihrer Verbündeten. Am deutschlandpolitischen Kurs der Westalliierten hatte die Blockade entgegen der sowjetischen Absicht nichts zu ändern vermocht.

## Keine Verfassung? Das Grundgesetz

Bereits 1946 hatte der US-Außenminister Byrnes in Stuttgart nicht nur die Bizone, sondern auch die baldige Bildung einer vorläufigen deutschen Regierung in Aussicht gestellt. Einen westdeutschen Teilstaat wollten die Amerikaner und Briten ab 1947 herbeiführen. Auch Frankreich, das anfangs lieber ein stark dezentralisiertes Deutschland gesehen hätte, schloss sich letztlich diesem Ziel an. Im Frühjahr 1948 entstanden dazu auf der Londoner Sechsmächtekonferenz, an der sich neben den drei Westalliierten auch die Bene-

einem Tisch in der ehemaligen Aula der Pädagogischen Akademie in Bonn. An diesem Tag wird das Grundgesetz verkündet.



luxstaaten beteiligten, konkrete Empfehlungen. Aus Protest verließ am 20. März der Vertreter der UdSSR die Sitzung des Alliierten Kontrollrats, der danach nie wieder zusammentrat.

Mit den **Frankfurter Dokumenten** forderten

Am 21. September 1949 gibt Bundeskanzler Adenauer auf dem Petersberg bei Bonn, dem Sitz der Alliierten Hohen Kommission, den drei Alliierten Hohen Kommissaren die Zusammensetzung seiner Regierung bekannt. Obwohl das Alliierte Protokoll ihm das untersagt hatte, betrat Adenauer den Teppich, auf dem die drei Kommissare standen, um so den Status der neuen Bundesregierung zu unterstreichen.]

Kein Politiker hat die frühe Bundesrepublik mehr geprägt als **Konrad Adenauer** (1886-1967). Der erste und dreimal wiedergewählte Bundeskanzler hatte sein Amt insgesamt 14 Jahre lang inne. 1951 bis 1955 war er zugleich Außenminister.

Bereits 1917 wurde der gelernte Jurist Oberbürgermeister von Köln. In der Weimarer Republik bekleidete er als Mitglied der Zentrumspartei daneben noch weitere Posten. 1933 verlor er sein Oberbürgermeisteramt. Obwohl kein aktiver Widerstandskämpfer, wurde er während der NS-Zeit mehrfach inhaftiert. Nach dem Krieg setzten ihn die Amerikaner noch einmal als Kölner OB ein, doch wenige Monate später entließen ihn die Briten aus dem Amt.

1946 begann Adenauers Aufstieg in der neu gegründeten CDU. 1949 war er Präsident des Parlamentarischen Rates. Den Wählern gegenüber wusste der langjährige Partei- und Fraktionsvorsitzende und praktizierende Katholik die CDU als Partei mit überkonfessionell-christlichen Grundwerten aufzubauen.

Entschieden antikommunistisch eingestellt, wurde Adenauer zum Architekten der Westbindung. Die Aussöhnung mit Frankreich, die Freundschaft mit den USA, das Schmieden eines westeuropäischen Bündnissystems und der NATO-Beitritt 1955 waren dabei Meilensteine. Die deutsche Wiedervereinigung schien dem Kanzler nur unter westlichem Vorzeichen und daher bis Weiteres nicht möglich. Während seiner Amtszeit wurden Wiedergutmachungsabkommen mit Israel geschlossen - aber auch viele ehemalige NSDAP-Mitglieder in die neuen Behörden übernommen. 1955 erreichte er in Moskau die Freilassung der 10.000 letzten deutschen Kriegsgefangenen.

Widerstrebend trat Adenauer das Amt des Kanzlers 1963 an Ludwig Erhard ab. Er mischte sich jedoch weiter in die Politik ein und blieb bis zu seinem Tod mit 91 Jahren Mitglied des Bundestages.



die Westmächte die deutschen Ministerpräsidenten in den drei Westzonen am 1. Juli 1948 auf, eine verfassungsgebende Versammlung einzuberufen. Die Beziehungen zwischen den Besatzern und einer künftigen deutschen Regierung sollten per Statut geregelt werden.

Die deutschen Politiker wussten die angebotene Chance zu würdigen - und zeigten sich doch skeptisch. Nach Beratungen im Hotel Rittersturz bei Koblenz erklärten die elf beteiligten Ministerpräsidenten beziehungsweise Bürgermeister (von Hamburg und Bremen), dass man allenfalls einen klar als Provisorium ausgewiesenen Staat für anstrebenswert halte. Statt einer Verfassung wolle man daher nur ein „**Grundgesetz**“ ausarbeiten, das nicht per Volksabstimmung, sondern von den Länderparlamenten zu verabschieden sei. Niemand von ihnen wollte an der Schaffung von Fakten mitwirken, die einer in unbestimmter Zukunft erhofften gesamtdeutschen Wiedervereinigung hätten hinderlich werden können.

Bei den Westmächten rief diese halbherzige Reaktion Verwunderung, ja Unmut hervor. Sie akzeptierten die Bezeichnung „Grundgesetz“ und den vorgeschlagenen Annahmemodus, stellten aber klar, dass am Beschluss zur Gründung eines Weststaats nicht zu rütteln sei.

Auf Veranlassung der Ministerpräsidenten arbeitete daraufhin die Expertenrunde des **Herrenchiemseer Verfassungskonvents** im August umfangreiche Vorschläge zu einem Grundgesetz aus. Am 1. September trat in Bonn erstmals der **Parlamentarische Rat** zusammen, der über den endgültigen Text zu entscheiden hatte. Er bestand aus 65 gewählten Repräsentanten der Länderparlamente. Präsident des Rates wurde Konrad Adenauer (CDU), während Carlo Schmid (SPD) den inhaltlich wichtigeren, öffentlich jedoch weniger beachteten Vorsitz des Hauptausschusses übernahm.

Bei der Ausgestaltung des Grundgesetzes waren die Paulskirchenverfassung, die Weimarer Verfassung, aber auch das angelsächsische Demokratieverständnis wichtige Bezugspunkte. Zugleich waren die 61 „Väter“ und vier „Mütter des Grundgesetzes“ bestrebt, die Fehler zu vermeiden, die die Weimarer

Republik zu einer schwachen Demokratie gemacht hatten. So einigte man sich auf eine primär repräsentative Funktion des Staatsoberhauptes (des Bundespräsidenten) und auf eine Stärkung sowohl des Kanzlers als auch des Parlaments (des Bundestages) und verzichtete fast völlig auf plebiszitäre Elemente. Den Ländern wurde über den Bundesrat eine begrenzte Mitwirkung an der Bundesgesetzgebung eingeräumt. Über die Einhaltung des Grundgesetzes sollte ein Bundesverfassungsgericht wachen.

Die Festschreibung der Grund- und Menschenrechte rückte an vor-

derste Stelle. Neu waren ein Artikel zur Gleichstellung von Mann und Frau und großzügige Regelungen zur Aufnahme politisch Verfolgter. In der Präambel, die den Charakter des Grundgesetzes als den einer nur vorläufigen Verfassung unterstrich, hieß es: „Das gesamte Deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden.“ Der Parlamentarische Rat beschloss auch den Namen „Bundesrepublik Deutschland“. Zur vorläufigen Hauptstadt wählte er Bonn. Die Flagge erhielt die Farben, die für ein demokratisches Deutschland stehen: das

Am 20. September 1949 stellt sich das erste Kabinett Adenauer vor.



Schwarz-Rot-Gold der Frankfurter Nationalversammlung von 1848/49 und der Weimarer Republik.

Am 8. Mai wurde das Grundgesetz vom Parlamentarischen Rat mit 53 zu 12 Stimmen angenommen und am 12. Mai von den Westalliierten im Grundsatz genehmigt. Bis



Dr. Elisabeth Selbert, „Mutter des Grundgesetzes“

Nur aus Männern bestand das erste Bundeskabinett. Eine Ministerin oder gar eine Kanzlerin konnten sich in Deutschland damals nur wenige vorstellen. In den Parlamentarischen Rat hingegen wurden auch vier Frauen gewählt. Mit Frieda Nadig (SPD), Helene Wessel (Zentrum, später SPD) und Helene Weber (CDU) wurde die Juristin und SPD-Politikerin **Elisabeth Selbert** (geb. Rohde, 1896-1986) damit eine der „Mütter des Grundgesetzes“. Vor allem sie hat gegen heftige Widerstände für Art. 3 Abs. 2 die Formulierung „Männer und Frauen sind gleichberechtigt“ durchgesetzt, die den Angehörigen beider Geschlechter nicht (wie in der Weimarer Verfassung) lediglich gleiche staatsbürgerliche Rechte und Pflichten zuschreibt, sondern dem Gesetzgeber einen Verwirklichungsauftrag erteilt. Einen Sitz im ersten Bundestag verfehlte Selbert knapp. In den 50er-Jahren Mitglied des Hessischen Landtags, war sie später noch jahrzehntelang als Anwältin tätig.

auf den Bayrischen Landtag, der das Grundgesetz nicht prinzipiell, jedoch als insgesamt zu zentralistisch ablehnte, stimmten alle Länderparlamente zu. Am 23. Mai 1949 in Bonn feierlich verkündet, trat das Grundgesetz mit Ablauf dieses Tages in Kraft.

Zum Gründungszeitpunkt umfasste die Bundesrepublik elf Länder, wie die westlichen Besatzungsmächte sie zwischen 1945 und 1949 (teils mit neuen Umrissen und Namen) festgelegt hatten: Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Hessen, Rheinland-Pfalz, Bayern sowie Baden, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern (1952 zu Baden-Württemberg vereinigt). Das Saarland, das seit 1947 nominell unabhängig und wirtschaftlich Frankreich zugeordnet war, kam erst 1957 hinzu. West-Berlin wurde von den Westalliierten nicht als Bundesland akzeptiert und erhielt in Bundestag und Bundesrat nur beratendes Stimmrecht.

Am 14. August fand bei einer Wahlbeteiligung von 78,5% die Wahl zum ersten Bundestag statt. Als die stärksten Parteien zogen CDU/CSU (31%) und SPD (29,2%) in das Parlament ein. Weitere Mandate entfielen auf die FDP, die DP (Deutsche Partei), die Bayernpartei, die Zentrumsparterie, die KPD und andere Parteien sowie einige unabhängige Kandidaten.

Am 15. September wurde **Konrad Adenauer**, der eine Koalition aus CDU/CSU, FDP und der konservativen DP geschmiedet hatte, mit einer Stimme Mehrheit zum ersten Bundeskanzler gewählt. Oppositionsführer im Bundestag wurde der SPD-Vorsitzende **Kurt Schumacher**. Zum ersten Bundespräsidenten war am 12. September 1949 der FDP-Politiker **Theodor Heuss** gewählt worden.

Die Regelung aller auswärtigen Angelegenheiten, aber auch von Abrüstungs- und Entmilitarisierungsfragen blieb allerdings weiterhin Vorrecht der Siegermächte. Die Westalliierten behielten sich vor, der Bundesregierung nötigenfalls wieder alle Macht entziehen - so stand es im Besatzungssta-

Kurt Schumacher, gestützt auf seine Sekretärin Annemarie Renger, im Gespräch mit dem stellvertretenden Vorsitzenden der SPD, Erich Ollenhauer.



Er war weder Mitglied des Parlamentarischen Rates, noch hatte er je ein Regierungsamt inne. Dennoch gehört **Kurt Schumacher** (1895-1952) zu den Gründungsvätern der Bundesrepublik.

Schumacher, der aus Westpreußen stammte, wurde 1918 SPD-Mitglied und saß 1924-1931 im Württembergischen Landtag sowie 1930-1933 im Reichstag, wo er mit großer Schärfe gegen die Nationalsozialisten auftrat. 1933-1943 sowie 1944 war er in verschiedenen Konzentrationslagern inhaftiert. Noch vor Kriegsende begann er von Hannover aus mit dem Wiederaufbau der SPD. 1946 wurde er mit 244 von 245 Stimmen zum Vorsitzenden der Partei für die drei Westzonen gewählt. Den Zusammenschluss von SPD und KPD in der sowjetisch besetzten Zone lehnte er in der Wirtschaftspolitik sozialistisch eingestellte, jedoch strikt antikommunistisch denkende Politiker

ebenso ab wie eine Zusammenarbeit mit der auf diesem Wege entstandenen SED.

Schumacher hatte im Ersten Weltkrieg einen Arm verloren und war von der KZ-Haft gezeichnet; 1948 kam eine Beinamputation hinzu. Über all dies setzte er sich willensstark hinweg. 1949 kandidierte er vergeblich für das Amt des Bundespräsidenten. Als SPD-Vorsitzender und Oppositionsführer im ersten Bundestag war er bis zu seinem Tode 1952 neben Adenauer die prägende Figur im politischen Leben der Bundesrepublik. Er wandte sich scharf gegen jeden Schritt auf dem Weg zur Westintegration, die seiner Meinung nach die Spaltung Deutschlands auf lange Zeit festschreiben würde. Prägend wirkte Schumacher nicht zuletzt mit der Auffassung, dass die Opposition - anders als in der Weimarer Republik - der Regierung nicht nur mit Kritik, sondern auch mit eigenen Konzepten entgegenzutreten solle.

Ein bürgerlicher Liberaler und ein überzeugter Demokrat lange vor der „Stunde Null“ war der erste Präsident der Bundesrepublik Deutschland **Theodor Heuss** (1884-1963). 1905-1912 wirkte der aus Brackenheim in Württemberg stammende promovierte Nationalökonom an der Zeitschrift „Die Hilfe“ des liberalen Politikers Friedrich Naumann mit. In der Weimarer Republik saß Heuss für die Deutsche Demokratische Partei, später für die Deutsche Staatspartei im Parlament. Im März 1933 stimmte er widerstrebend mit seiner Fraktion - und allen anderen im Reichstag vertretenen Parteien außer der SPD - dem „Ermächtigungsgesetz“ Hitlers zu. Nach 1933 arbeitete er erneut journalistisch, hatte allerdings ab 1942 offiziell Publikationsverbot.

In Württemberg-Baden wurde Heuss 1945 Kultusminister, 1946 Mitglied der Verfassungsgebenden Landesversammlung und des Landtags. Er saß im Parlamentarischen Rat und war ab 1948 Vorsitzender der soeben gegründeten FDP. 1949 erfolgte seine Wahl zum Bundespräsidenten, 1954 die Bestätigung im Amt auf weitere fünf Jahre. Der intellektuelle und zugleich volksnahe, Besonnenheit und Glaubwürdigkeit ausstrahlende Politiker, den viele salopp, aber respektvoll auch „Papa Heuss“ nannten, hat als Staatsoberhaupt im In- und Ausland mit großem Erfolg um Vertrauen in die junge westdeutsche Demokratie geworben.

tut, das am 21. September in Kraft trat. Am selben Tag machten der Kanzler und sein dreizehnköpfiges Kabinett ihren Antrittsbesuch bei den Hohen Kommissaren der USA, Großbritanniens und Frankreichs, die an die Stelle der Militärgouverneure gerückt waren. Bei der Zusammenkunft auf dem Petersberg bei Bonn betrat Adenauer demonstrativ den Teppich, auf dem laut Protokoll nur die Hohen Kommissare stehen sollten - und beanspruchte damit für die Bundesrepublik Gleichberechtigung.

Zum zweiten Mal war in Deutschland ein demokratischer Staat entstanden. Er fußte auf den Prinzipien von Parlamentarismus, Föderalismus und Rechtsstaatlichkeit. Das „Provisorium“, als das er sich verstand, sollte vierzig Jahre lang Bestand haben.

Erst drei Jahre nach der Staatsgründung wurde auch noch die Frage der Nationalhymne entschie-

den. Während Heuss sich für eine gänzlich neue Hymne einsetzte, favorisierte Adenauer das weiterhin populäre „Deutschlandlied“, das August Heinrich Hoffmann von Fallersleben 1941 gedichtet hatte. Damals Ausdruck des Wunsches nach Überwindung der deutschen Kleinstaaterei, war es - seiner nationalistischen Umdeutung im Ersten Weltkrieg zum Trotz - in der Weimarer Republik, aber auch die NS-Zeit hindurch Nationalhymne gewesen. Nicht mehr tragbar schienen nach 1945 zudem die Anfangsworte „Deutschland, Deutschland über alles“ und weitere Zeilen, die ein großdeutsches Reich umrissen. Der Kanzler plädierte daher von Anfang an dafür, nur noch die dritte Strophe „Einigkeit und Recht und Freiheit“ zu singen. Unter ausdrücklicher Berufung auf die Weimarer Tradition wurde die Frage 1952 in diesem Sinne entschieden.

## Zwei deutsche Staaten

In der SBZ hatte 1945 die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) die Verwaltung übernommen. Wichtige Positionen besetzte sie bevorzugt mit deutschen Kommunisten.

Ende 1947 lud die SED Vertreter ausgewählter Parteien und Organisationen sowie Einzelpersonen zu einem „Deutschen Volkskongress für Einheit und gerechten Frieden“. Die Delegierten kamen aus allen vier Besatzungszonen, überwiegend aber bereits aus der SBZ. Aus dieser demokratisch nicht legitimierten Versammlung ging der „Deutsche Volksrat“ hervor. Ein Ausschuss dieses Gremiums erarbeitete 1948 für ganz Deutschland und auf Grundlage eines SED-Entwurfs eine „Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik“.

Im Mai 1949 fanden in der sowjetisch besetzten Zone Wahlen zum mittlerweile Dritten Deutschen Volkskongress statt. Dabei bestand jedoch lediglich die Möglichkeit, einer Einheitsliste zuzustimmen. Der Dritte Volkskongress bestätigte den Verfassungsentwurf und wählte den Zweiten Deutschen Volksrat. Nach der Gründung der Bundesrepublik



Am 7. Oktober 1949 erklärte sich der Nationalrat selbst zur provisorischen Volkskammer der DDR und bestätigte die Verfassung der DDR.]

kam im September 1949 aus Moskau die Zustimmung zur Bildung eines ostdeutschen Staates. Am 7. Oktober konstituierte sich der Zweite Deutsche Volksrat als „Provisorische Volkskammer der DDR“ und setzte die Verfassung in Kraft. Damit war die DDR gegründet, die sich ebenfalls als deutscher Kernstaat verstand. Hauptstadt wurde nominell Berlin, de facto der Ostteil der Stadt. Am 10. Oktober 1949 übertrug die SMAD ihre Verwaltungshoheit der neuen Regierung. Der erste Staatspräsident der DDR war Wilhelm Pieck, der erste Ministerpräsident Otto Grotewohl. 1950 übernahm Walter Ulbricht als Generalsekretär die Führung der SED.

Als im selben Jahr erstmals eine Volkskammerwahl stattfand, erhielt die SED-dominierte Einheitsliste nach offiziellen Angaben 99,7% der Stimmen.

Vor dem Hintergrund des Kalten Kriegs war die „deutsche Frage“ also mit Teilung und Zweistaatlichkeit beantwortet worden. Für das Selbstverständnis und die politische Praxis der Bundesrepublik von 1949 bis 1989 blieb das Verhältnis zur DDR eine Schlüsselfrage. Die „deutsche Frage“ also mit Teilung und Zweistaatlichkeit beantwortet worden. Für das Selbstverständnis und die politische Praxis der Bundesrepublik von 1949 bis 1989 blieb das Verhältnis zur DDR eine Schlüsselfrage.